

Medienmitteilung

Ein ausgewogener Kompromiss, der Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Schweiz sichert!

Polit-Treffpunkt ZMP, 30. August 2017: Nachfolgeregelung «Schoggigesetz» im Fokus

60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft nahmen am Polit-Treffpunkt ZMP unter Beisein von Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann in Root LU teil. An der Veranstaltung, die in passender Atmosphäre bei Aeschbach Chocolatier AG stattfand, wurde der Fokus auf die Nachfolgeregelung für das «Schoggigesetz» gerichtet. Diese wird in der Herbst-/Wintersession 2017 in den beiden eidgenössischen Räten beraten und zur Abstimmung gelangen. Die Beratung in der WAK Ständerat startet heute. Eine Ablehnung hätte für die Milchwirtschaft weitreichende Konsequenzen.

Die Genossenschaft Zentralschweizer Milchproduzenten ZMP führt alle zwei Jahre den Polit-Treffpunkt zu einem brisanten agrarpolitischen Thema durch. Die Veranstaltung richtet sich an National-, Stände- und Regierungsräte aller Parteien der Zentralschweizer Kantone sowie an weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Landwirtschaft und der Schweizer Milchbranche und hat sich als wertvoller Informations- und Netzwerkanlass etabliert. So begrüsst ZMP-Präsident Thomas Oehen stolz die illustre Gästeschar und lancierte die Veranstaltung mit seiner Einstimmung auf das komplexe Tagungsthema. Der diesjährige Polit-Treffpunkt ZMP richtete den Fokus auf das ebenso aktuelle wie brisante Thema «Nachfolgeregelung für das auslaufende Schoggigesetz», über dessen Schicksal in der Herbst-/Wintersession 2017 in den beiden eidgenössischen Räten befunden wird.

Branche steht einstimmig hinter Nachfolgeregelung für das auslaufende «Schoggigesetz»

Das sogenannte «Schoggigesetz» gibt es seit 1974. Seine offizielle Bezeichnung ist «Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten». Ziel des Gesetzes ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Nahrungsmittelindustrie zu verbessern – angesichts der Tatsache, dass Schweizer Rohstoffe im Preis höher liegen als ausländische. Was die Milch betrifft, so werden rund 280 Mio. Kilogramm Milch – das entspricht rund 8 Prozent der Schweizer Milchmenge – über das «Schoggigesetz» vermarktet.

Der Bundesrat beabsichtigt, das bestehende «Schoggigesetz» aufgrund einer Bestimmung der Welthandelsorganisation (WTO) per Anfang 2019 durch eine neue allgemeine Zulage an Milch- und Getreideproduzenten zu ersetzen. Gelingt dies nicht, so muss die erwähnte Menge Milch zum Weltmarktpreis abgesetzt oder kann gar nicht mehr produziert werden, was massive Einkommenseinbussen für die Milchproduzenten nach sich zieht.

Die Branchenorganisation Milch (BO Milch) hat aufgrund dieser Ausgangslage eine Nachfolgeregelung definiert, die an der Delegiertenversammlung im April 2017 einstimmig gutgeheissen wurde. Die Regelung sieht vor, dass die Politik eine Milchzulage für alle Schweizer Verkehrsmilchproduzenten im Landwirtschaftsgesetz beschliesst. Dadurch erhalten neu alle Milchproduzenten vom Bund eine Zulage pro

produzierte Verkehrsmilch. Die BO Milch wird mit zwei privatrechtlichen Fonds auf sämtlicher nicht verkäuflicher Milch eine privatrechtliche Abgabe erheben. Daraus sollen Milchprodukte für den Export unterstützt werden. Zum einem mit dem Fonds «Rohstoffverbilligung Nahrungsmittelindustrie» und zum andern mit dem Fonds «Regulierung». Auf dieses Vorgehen hat sich die Milchbranche geeinigt.

Die erreichte Einigkeit der Schweizer Milchbranche wurde jedoch im Mai 2017 durch folgende Hiobsbotschaft des Bundes in Frage gestellt: Es sollen nicht die bei Brancheneinheit versprochenen rund CHF 95 Mio. jährlich ausgelöst werden, sondern nur CHF 67,9 Mio. Beste Voraussetzung, um eine spannende Diskussion um das Thema einzuläuten. Denn mit dieser Ankündigung wird nicht nur ein Versprechen nicht eingehalten, sondern es werden auch weitere massive Einkommenseinbussen bei den Milchproduzenten in Kauf genommen.

Bundesrat Schneider-Ammann sehr zufrieden mit der erarbeiteten Nachfolgeregelung

Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann erläuterte in seinen Ausführungen, dass die Nachfolgeregelung mit System erarbeitet worden sei – vor allem auch, weil die Beteiligten den Lead in der Ausgestaltung innehatten, von Anfang an mit einbezogen wurden, um nach einer Lösung zu suchen. Gründe dafür seien die teilliberale Haltung dieser Lösung, die einen schrittweisen Rückzug hin zur Privatisierung in der Milchwirtschaft aufgrund der WTO-Entscheidung unterstütze. Es gelte auch, die Wettbewerbsvorteile der Schweizer Landwirtschaft zu nutzen, wie zum Beispiel die Organisation in Form von Familienbetrieben, die grünlandbasierte Produktion, das hohe Tierwohl, die Ressourcenschonung, der hohe Qualitäts- und Produktionsstandard und nicht zuletzt das positive Image der Produkte. Das seien Differenzierungsmerkmale, die als grosse Chance anzusehen seien. Auf dieser Basis ist die Nachfolgelösung gewachsen, die auch in anderen Branchen Akzeptanz findet und von der WTO zur Kenntnis genommen werden muss. Der Landwirtschaftsminister appellierte zudem an das unternehmerische Denken und Handeln. Mit dem Forcieren der Nachfolgeregelung durch einen straffen Zeitplan, eine breite Meinungsbildung und die geplante Einführung auf den 1. Januar 2019 hat das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Pace vorgegeben – nämlich vorwärts in die Zukunft.

Wirtschaft wie Politik sind gefordert

Dies bestätigte auch Ständerat und Präsident des Emmi Verwaltungsrates Konrad Graber und beleuchtete die Nachfolgeregelung aus Sicht der Politik und Wirtschaft. Er zeigte auf, welche Konsequenzen es hätte, sollte die Abschaffung des «Schoggigesetzes» ohne Nachfolgelösung Realität werden. Dies zeigt sich vor allem mittelfristig im Verlust von Arbeitsplätzen – bei Produzenten wie auch Verarbeitern. Mit der privatrechtlichen Fondslösung in Form von 80 Prozent auf die Rohstoffverbilligung und 20 Prozent auf die Regulierung liege ein sehr guter Kompromiss vor. Dieser Bedarf an Begleitmassnahmen sei sowohl im Bundesrat wie auch in der Vernehmlassung von einer Mehrheit anerkannt worden. So begrüßten 87 von 93 eingereichten Stellungnahmen die Vorlage. Die ganze Wertschöpfungskette Milch ist auf zielgerichtete Begleitmassnahmen, wie dies die Nachfolgeregelung vorsieht, angewiesen. Die Stossrichtung des Bundesrats stimme, doch müssen noch Anpassungen in der Höhe der Beiträge und bei der Vereinfachung von verschiedenen Massnahmen getroffen werden.

Arena: Nachfolgeregelung «Schoggigesetz» nicht mit den Nachhaltigkeitsanforderungen an die Agrarpolitik vermischen!

In der Diskussionsrunde mit Ständerat und BO Milch-Präsident Peter Hegglin, Ständerat Isidor Baumann, Nationalrat Louis Schelbert und Geschäftsführer von Vision Landwirtschaft Dr. Andreas Bosshart waren die Fronten schnell klar: Auf der einen Seite vertraten Peter Hegglin und Isidor Baumann die Nachfolgeregelung als sehr guten Kompromiss – auf der anderen Seite wehrte sich Louis Schelbert gegen Subventionen, die ein veraltetes System unterstützen würden. Neue Ideen seien gefordert. Dr. Andreas Bosshart ging noch einen Schritt weiter und appellierte dafür, dass die (unbestrittenen) CHF 95 Mio. in andere bereits bestehende oder neue Projekte investiert werden, die nicht nach dem Giesskannenprinzip allen Milchproduzenten zu Gute kommen. Beide äusserten sich aber klar, dass sie nicht dagegen sind, dass die finanziellen Mittel erhalten bleiben. Jedoch plädierten beide für mehr Nachhaltigkeit in der Milchproduktion, die auch eine umweltschonende Milchproduktion und hohes Tierwohlniveau voraussetzt. Die Forderung nach einer nachhaltigeren Milchproduktion, welche auf einheimisches Futter und ein hohes Tierwohl setzt, stiess beim Präsidenten BO Milch auf offene Ohren. Hier habe die Branche eine Mehrwert- und Qualitätsstrategie entschieden, welche in diese Richtung geht. Isidor Baumann ergänzte, dass das Thema «Nachhaltigkeit» in der Weiterentwicklung der Agrarpolitik diskutiert werden müsse und nicht mit der vorliegenden «Nachfolgeregelung» vermischt werden darf. Beim «Schoggigesetz» gehe es um Wertschöpfungserhalt und Arbeitsplatzsicherung am Produktionsstandort Schweiz.

Position ZMP zur Nachfolgeregelung «Schoggigesetz»

Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP, brachte es in seiner Zusammenfassung auf den Punkt: Das Auslaufdatum des «Schoggigesetzes» ist Fakt. Die Schweizer Landwirtschaft braucht einen Ersatz, der mit der von der BO Milch ausgearbeiteten und einstimmig beschlossenen Nachfolgeregelung nun abstimmungsreif vorliegt. Der breit abgestützte Kompromiss, an dem auch die ZMP aktiv mitgearbeitet hat, ist nicht nur Existenzgrundlage für viele Milchbauern, sondern ermöglicht eine zukunftsgerichtete innovative Schweizer Milchwirtschaft. Und das soll nun gesetzlich verankert werden.

- Die ZMP und Emmi stehen hinter der erarbeiteten Nachfolgeregelung für das «Schoggigesetz» und haben aktiv bei deren Ausgestaltung mitgewirkt. Der Kompromiss ist ausgewogen.
- Die finanziellen Mittel von rund CHF 95 Mio. sind nicht nur für die Milchproduzenten wichtig – von diesem Beitrag profitieren auch die nachgelagerten Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze in der Schweiz bleiben erhalten
- Die Nachfolgeregelung bietet auch eine Chance, Marktakteure zu Innovationen zu animieren.

Rahmenprogramm: überzeugend und waghalsig

Moderator Oliver Kuhn führte gekonnt durch die Veranstaltung und erwies sich als versierter Fachmann, der die einzelnen Programmpunkte im Griff hatte und die unterschiedlichen Betrachtungsweisen zu beleuchten vermochte. Er wurde durch Gögi Hofmann unterstützt, der in verschiedenen Rollen zu überzeugen mochte. Nicht zuletzt auch wegen seiner Darbietung am Schluss der Veranstaltung, indem er die Hierarchie «WTO – Politik – industrielle Verarbeiter – Bauern» in einer waghalsigen Performance in luftiger Höhe demonstrierte.

Genossenschaft

Zentralschweizer Milchproduzenten ZMP

Fragen beantwortet Ihnen:

- Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP, Luzern, Tel. 041 429 39 20; Mobile 079 341 99 35; E-Mail: pirmin.furrer@zmp.ch
- Thomas Oehen, Präsident ZMP, Lieli, Tel. 041 917 13 94; Mobile 079 644 78 55; E-Mail: thomas.oehen@bluewin.ch
- Carol Aschwanden, Leiterin Kommunikation ZMP, Luzern, Tel. 041 429 39 17, Mobile 079 777 16 30, E-Mail: carol.aschwanden@zmp.ch

Link zu Bildern der Veranstaltung: <http://daten.zmp.ch>

- **Bild 1:** Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann am Polit-Treffpunkt ZMP: von links Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann, der Luzerner Ständerat Konrad Graber und Thomas Oehen, Präsident ZMP
- **Bild 2:** Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann sieht in der Nachfolgeregelung «Schoggigesetz» eine ausgewogene und breit abgestützte Lösung
- **Bild 3:** Thomas Oehen, Präsident ZMP, eröffnete den 9. Polit-Treffpunkt ZMP, welcher ganz im Fokus der Nachfolgeregelung «Schoggigesetz» stand
- **Bild 4:** Der Luzerner Ständerat Konrad Graber zeigte am Polit-Treffpunkt ZMP auf, wie wichtig die Nachfolgeregelung für den Wertschöpfungserhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Schweizer Milchwirtschaft ist
- **Bild 5:** Arena am Polit-Treffpunkt ZMP: Von links Peter Hegglin, Zuger Ständerat und Präsident der Branchenorganisation Milch, Isidor Baumann, Urner Ständerat, Louis Schelbert, Nationalrat Kanton Luzern, und Dr. Andreas Bosshart, Geschäftsführer Vision Landwirtschaft
- **Bild 6:** Nationalrat Louis Schelbert im Gespräch mit Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP
- **Bild 7:** Networking am Polit-Treffpunkt: Ständerat Konrad Graber im Gespräch mit Vertretern von milchverarbeitenden Unternehmen

Präsentation zum Referat online: www.zmp.ch

- «Politik und Wirtschaft sind gefordert – auch mit der Nachfolgeregelung», Konrad Graber, Ständerat und Präsident des Verwaltungsrates Emmi

Luzern, 31. August 2017/CA